Blickpunkte

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **63 (1983)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **02.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Informatik als gesamtpolitische Herausforderung

Wir stehen mitten in einer Phase des technischen Umbruchs grossen Stils. Die Mikroelektronik – oder wie man heute in einem etwas erweiterten Sinne definiert: die Informatik – ist ein zusätzliches Instrumentarium der industriellen Gesellschaft, das in seinen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen noch gar nicht voll abzusehen ist. Die Informatik stellt eine Kombination von Mathematik und Elektronik dar, die in letzter Konsequenz dazu führt, dass alle jene menschlichen Tätigkeiten automatisiert werden können, welche rational restlos analysierbar sind, seien es nun darstellbare Bewegungs- und Produktionsabläufe oder logische Operationen. Überall dort, wo im Produktions- oder Handlungsablauf Informationsverarbeitung zum Tragen kommt, stellt die Informatik ein gewaltiges Potential der Rationalisierung, Beschleunigung und vielfach auch der Verbilligung dar.

Für die schweizerische Wirtschaft, deren Stärke von jeher in der hochspezialisierten Anfertigung nach Mass lag, eröffnen sich hier grosse Möglichkeiten, auch wenn sich bereits erwiesen hat, dass die Herstellung der «Hardware», das heisst der technischen Ausrüstung der Datenverarbeitung und Informatik, ausserhalb der Möglichkeiten unseres kleinen Landes liegt. Dafür dürften sich Herstellung und Einsatz der «Software», der Programme also, zu einem äusserst zukunftsträchtigen Markt entwickeln, der in hohem Masse auf unsere Verhältnisse zugeschnitten erscheint. Die Frage ist nur, wie weit wir auch wirklich darauf vorbereitet sind, die Chance entschieden und schnell genug auszunützen. Denn die Entwicklung geht weltweit geradezu stürmisch voran.

Tatsache ist, dass unsere Öffentlichkeit zwar begriffen hat, dass sich eine technologische Revolution grossen Stils abspielt, dass sie aber weitherum noch Mühe bekundet, diesen Vorgang voll ins Selbstverständnis zu integrieren. Die Möglichkeiten der Informatik wecken einerseits grosse Hoffnungen auf einen weiteren Gewinn an Lebensqualität, in der Arbeitswelt wie in der Freizeitkultur; sie sind aber ebenso sehr überschattet von der tiefen Angst vor struktureller Arbeitslosigkeit.

Dabei ist ohne Zweifel nicht von der Hand zu weisen, dass die Informatik gerade im tertiären Bereich wesentliche Rationalisierungen ermöglicht, in jenem Dienstleistungsbereich also, der den strukturell bedingten relativen Abbau an Beschäftigten in Landwirtschaft und Industrie in den letzten Jahrzehnten aufgefangen hat und heute 53 Prozent ausmacht. Diesen eindeutigen Tendenzen steht aber die Tatsache gegenüber, dass die neue Technologie auch neue Arbeitsplätze, neue Berufsarten und neue Konsumbedürfnisse auslöst.

Angst erscheint unter diesen Um-

ständen als der denkbar schlechteste Ratgeber. Wir haben uns der Herausforderung der Informatik ganz einfach zu stellen, und zwar positiv und offensiv. Das muss schon in der Schule beginnen. Informatik müsste so rasch als möglich zum elementaren Bestandteil der «Allgemeinbildung» erklärt werden. In Frankreich zum Beispiel sind in den letzten Jahren Zehntausende von Lehrkräften aller Schulstufen auf diese Aufgabe hin recht eigentlich trainiert worden. Dass sich auch die Kulturpolitiker vermehrt um den Aspekt «Informatik und Zeitbewusstsein» kümmern sollten, liegt auf der Hand. Und dass den Medien hier eine Informationsaufgabe zugewiesen ist, die weit systematischer angepackt werden sollte, ist ebenfalls klar.

Auf dem Hintergrund eines solchermassen normalisierten Klimas müsste es den Politikern möglich sein, ihrerseits unverkrampft jene Probleme anzupacken, welche in konstruktiver Partnerschaft zwischen Staat und Wirtschaft zu lösen sind, wobei hier unter Wirtschaft beide Sozialpartner, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, zu verstehen sind. Zunächst einmal stellt sich ein brennendes Ausbildungsproblem. Von den heute in der Datenverarbeitung Tätigen (rund 60 000) entfällt ein allzu grosser Prozentsatz auf Ausländer. Mittlere und grössere Firmen sind ausserdem gezwungen, eigene Ausbildungswege zu schaffen; den kleineren Unternehmen bleibt auch dieser Ausweg verwehrt. Hier muss rasch gehandelt werden. Ähnliches gilt für die Forschung. Informatik ist an unseren Universitäten und technischen Hochschulen erst ansatzweise etabliert.

Unsere Wirtschaft steht weiterhin vor gewaltigen Anpassungsproblemen. Sie wird die nächsten Wegstrecken, die für die Zukunft nicht nur der Volkswirtschaft, sondern unserer Gesellschaft überhaupt entscheidend sein werden, mit der ihr eigenen Flexibilität und Risikobereitschaft in Angriff nehmen. Wieweit sie dabei erfolgreich sein wird, hängt in diesem Falle in ganz besonderem Masse auch vom Umfeld, vom öffentlichen Klima und der vorausschauenden Kooperation von Behörden und Parlamenten ab. Wir stehen mit andern Worten nicht allein vor einer technologisch-industriellen, sondern vor einer gesamtpolitischen Herausforderung epochaler Art.

Richard Reich

Von der Logik der Wirtschaftspolitik

Im Bundeshaus passieren bisweilen wunderliche Dinge. Vor kurzem ging die Meldung durch die Presse, der Bundesrat habe entschieden, das Projekt *Innovationsrisikogarantie* weiter zu verfolgen. Es wird nun eine Botschaft ausgearbeitet, natürlich von jenem Bundesamt, das dieses Instrument vorgeschlagen hat, sich mit diesem solidarisiert – und sich damit Beschäftigung sichert. Und dies, obwohl sich die Spitzenverbände der Wirtschaft eindeutig und unmissverständlich *gegen* eine solche Massnahme ausgesprochen haben und obwohl das Vernehmlassungsergebnis für diese Eska-

pade alles andere als schmeichelhaft ausgefallen ist. Ist der Bundesrat tatsächlich der Meinung, er müsse die Wirtschaft gegen ihren Willen zu ihrem Glück zwingen? Ist es sinnvoll, der Wirtschaft eine «Hilfe» aufzudrängen, die sie weder braucht noch beansprucht und die zur Lösung der Probleme, vor die sie sich gestellt sieht, nichts beizutragen vermag? Das ist der eine Aspekt, der Kopfschütteln auslösen muss.

Solche Vorkommnisse deuten darauf hin, dass in den zuständigen Bundesämtern offensichtlich keine sehr hochentwickelten Kenntnisse über die der Wirtschaftspolitik inhärente *Logik* vorhanden ist. Es geht vielmehr, das ist zumindest zu vermuten, um einen wirtschaftspolitischen *Aktivismus,* der ohne ausreichenden Bedürfnisnachweis, ohne Systematik und ohne politische Legitimation drauflosdonnert. Bewegung, Handeln, Regieren allein reicht als Begründung nicht aus. Wie all dies zu erfolgen hat, sollte beim Willen, «etwas» zu unternehmen, nicht völlig unters Eis geraten. Das wäre der andere Aspekt.

Die Wirtschaftspolitik muss sich unter *verschiedenen Kriterien* rechtfertigen. Sie muss sich einmal auf ein exakt definiertes Bedürfnis, auf ein *Ziel,* ausrichten. Sie muss sich sodann instrumental an den Prinzipien und Spielregeln der Wirtschaftsordnung messen lassen. Sie benötigt weiter eine Analyse, welche das Problem der Zielkonformität (Übereinstimmung mit andern Zielen) abklärt. Und sie braucht eine *Wirkungsanalyse,* also eine Untersuchung darüber, ob die in Aussicht genommenen Instrumente überhaupt eine Chance haben, das Ziel zu erreichen. All dies wäre notwendig, wenn von einer einigermassen systematisierten Wirtschaftspolitik soll gesprochen werden können.

Wirtschaftspolitik ist keine Angelegenheit, die sich mit der *linken Hand* bewerkstelligen lässt. Sie hat eine «innere Struktur», die es wenn immer möglich zu beachten gilt. Ausnahmen von der Regel sind denkbar; aber sie brauchen eine überzeugende Begründung. Dies gilt vor allem in einer Zeit, in der an wirtschaftspolitische Massnahmen hohe Erwartungen gesetzt werden. Wenn sie nicht erfüllt werden, bleibt nur Enttäuschung. Und es bleiben selbstverständlich soziale Kosten, die dann «niemand» gewollt hat, wenn sie in der Summe die Grenzen der finanziellen Möglichkeiten des Bundes sprengen.

Willy Linder

Margaret Thatchers «Overkill»

Die Wahlen in Grossbritannien haben Margaret Thatcher eine Parlamentsmehrheit von 144 Sitzen erbracht, während sie 1979 über eine Mehrheit von nur 43 Sitzen verfügte. Ein überwältigender Sieg also. Wird die «charismatische» Premierministerin nunmehr radikaler jene Änderungen durchsetzen, die sie einst bei ihrem Antritt verheissen hatte? Ihr Aussenminister Pym – ein Geschlecht, das seit Jahrhunderten in der englischen Politik genannt wird – hatte vor einem übergrossen Sieg, einem «overkill» ge-

warnt. Mrs. Thatcher entgegnete ihm kühl: «I think I can handle a landslide majority allright» –, sie könne sehr wohl mit einer Riesenmehrheit leben.

Darin zeigt sich, wie verschieden die bundesdeutschen und die britischen Wahlen verlaufen sind. Helmut Kohl wollte keine absolute Mehrheit für die CDU und CSU, sondern unterstützte die FDP, die sich denn auch durch die Zweitstimmen der CDU-Wähler vor dem «Weggeharktwerden» rettete. Margaret Thatcher entspricht eher Franz Josef Strauss. In England siegte die Rechte, in der Bundesrepublik die Mitte. Das hat nicht nur mit verschiedenen Perspektiven zu tun, sondern mit verschiedenen Wahlsystemen. Im englischen System entspricht oft eine absolute Mehrheit der Gewählten einer Minderheit der Wähler.

Ist das ungerecht? Jeder Wahlmodus ist ein Kompromiss zwischen Repräsentativität, die die verschiedenen Strömungen «spiegelt», und Regierungsfähigkeit. In Italien hat die extreme Repräsentation von Parteien, die sich in Nuancen unterscheiden, zur Unfähigkeit der Regierungen auf Dauer, zum Handeln, zum Reformieren geführt. Regierungsfähigkeit mit mangelnder Repräsentation ist immer noch besser als das Gegenteil.

Die Konservativen haben diesmal um anderthalb Prozent Stimmen weniger erhalten als bei den vorangegangenen Wahlen, nämlich 42 Prozent; die Oppositionsparteien – Allianz der Liberalen und Sozialdemokraten mit 25,4 Prozent und Labour mit 27,6 Prozent – errangen 53 Prozent der Stimmen. Der Rest ging an die regionalen Parteien. Ein überwältigendes Votum für Konservative war das nicht!

Die Entschiedenheit und das «Charisma» Margaret Thatchers, ihre Reaktion auf die argentinische Herausforderung in den Falklandinseln haben den Wahlsieg gefördert. Doch wenn wir den Umfragen trauen dürfen, war der Abstossungseffekt Labours stärker als die Sympathie für die Premierministerin. Drei Fünftel der gewerkschaftlich Organisierten haben nicht Labour gewählt, während diese Partei keine Schichten ausserhalb der Arbeiterklasse erreichte. Labour braucht, um zu gewinnen, die Mehrheit der Arbeiter und etwas dazu, wie in Frankreich die Sozialisten – provisorisch! – Millionen bürgerlicher Wähler gewonnen hatten. Doch Labour blieb klassengebunden, während sich die Klasse ihr zu einem erheblichen Teil entzog.

Lag es an der Schwäche des Spitzenkandidaten Michael Foot? Der zögernde, keinen Störer in Versammlungen kräftig zurechtweisende Michael Foot wirkte so «feminin» wie Margaret Thatcher, die von «meinen Ministern», «meiner Politik» spricht, «maskulin». Offenbar sind «maskulin» und «feminin» nicht so eindeutige «Rollen», wie es in Stereotypen erscheint.

Ist die Premierministerin eine radikale Konservative, die autoritäre Führung mit «laisser faire» und Abbau des Wohlfahrtsstaates verbindet? Ihre erste Amtszeit spricht nicht dafür. Sie wollte die öffentlichen Ausgaben reduzieren, doch die sind in ihrer Regierungszeit von 41 auf 44 Prozent des Budgets gestiegen.

Man mag einwerfen, dass Thatcher I. von den Gemässigten, «Nassen» («wet») ihrer Partei – man identifiziert sie ein wenig pauschal aber nicht zu Unrecht mit den traditionellen Eton-Oxford-Absolventen und dem Adel – bisher gehemmt wurde. Jetzt, wo vor

allem die jungen «thatcherites», oft «self made men» (and women), gewonnen haben und die Premierministerin entsprechend Minister und Staatssekretäre ausgewechselt hat, werde sie andere Register ziehen: Thatcher II. Es ist nicht ausgemacht.

Die Beamtenrenten, die sozialisierte ärztliche Betreuung mit ihren bürokratischen Auswüchsen und andere Teile des Sozialstaates sind wenig berührt worden; viel Änderung ist hier nicht zu erwarten. Der Vergleich mit der CDU und skandinavischen Konservativen bietet sich an. Wurde einst den Sozialisten vorgeworfen, sie verwalteten im Amt nur den bürgerlichen Staat, so könnte man heute sagen, dass der sozialdemokratisch geprägte Wohlfahrtsstaat von den Konservativen eher fortgesetzt als abgebaut wird.

Am deutschen Fernsehen, wo tendenziöse Kommentatoren sich austoben, beklagte ein solcher, Mrs. Thatcher habe vor, «die Demokratie in deren Mutterland zu zerstören». Doch die entscheidende Reform – sie geht auf Minister Tebbit zurück – betrifft und trifft die Gewerkschaften. Jede von ihnen wählt ihre Führer nach anderen Statuten oder ungeschriebenen Bräuchen. Manche sind unabsetzbar. Gegenkandidaten dürfen die jeweilige Führung nicht kritisieren – das sei «dem Prestige der Unions abträglich». Mehrfach haben Arbeiter Streikbeschlüsse radikaler Führer wie Scargill desavouiert. Die Einführung der geheimen Abstimmung könnte das Streiken als Machtinstrument und Spielzeug bremsen. Ist das nun antidemokratisch oder im Gegenteil: Basisdemokratie?

Die Kollektivzahlungen der Gewerkschaften an die Labour Party werden vermutlich bleiben. Deren Abschaffung wäre eine entscheidende Schwächung Labours – und würde der anderen Opposition, der Allianz der Liberalen und Sozialdemokraten, Auftrieb geben, die nur um 2 Prozent hinter Labour zurückgeblieben ist. Wenn der Wahlmodus die Allianz schwer benachteiligte, so ist dennoch ihr Wachstum, verglichen mit der schrumpfenden Zahl der Labourwähler, ein Prozess, der weitergehen und schliesslich die politische Landschaft verändern könnte.

Labour hat sich wie der Zwerg im Märchen aus Wut selber zerrissen. Der Führer der radikalen Linken, Torry Benn, hat seinen Wahlkreis verloren, die stärkste Persönlichkeit der Gemässigten, Denis Healey, hat sich selber ausgeschaltet, als er die Premierministerin wegen des Falklandkrieges angriff. Ihm schadete nicht die Grobheit dieser Attacke, sondern das Verkennen eines starken «Volksempfindens».

Den amerikanischen Demokraten ist es heute ein Anlass zu Besorgnis, dass eine Wirtschaftspolitik, die die Inflation eindämmt, aber das Wachsen der Arbeitslosigkeit in Kauf nimmt, weder zu schweren Unruhen noch zu einem Ruck nach links führen muss.

Ob nunmehr in Grossbritannien das schwerste soziale Versäumnis nachgeholt wird? Es ist die ungenügende Ausbildung von Lehrlingen, das in Westeuropa einzigartig ungünstige Verhältnis zwischen qualifizierten und ungelernten Arbeitern. Es war unter Labour nicht besser, doch ein Alibi für eine fünf Jahre lang gesicherte Regierung ist das nicht.

François Bondy

Pfadsuche

Im Vorfeld der Kulturdebatte

Die Vernehmlassung, so schlossen Überlegungen zur *Kulturinitiative* im März-Heft dieser Zeitschrift, sei in der Regel jenes Verfahren, das eine zündende Idee einebne und sie in die Gefilde des hierzulande Üblichen zurückhole. Man müsse dringend hoffen, im Falle eben der Kulturinitiative sei es ausnahmsweise einmal umgekehrt, bringe die Vernehmlassung die klareren Ideen und die konkreten Vorstellungen hervor, die der Initiative und ihren Verfechtern, auch wenn sie – beispielsweise im Fernsehen – darüber diskutieren, nicht gerade überwältigend zur Verfügung stehen. Nun hört man, die Konsultation der Kantone, Parteien, Wirtschaftsverbände, kulturellen Organisationen und einzelner Interessierter habe eine geteilte Aufnahme des Vorstosses ergeben, die von Ablehnung bis Zustimmung reiche, bei den Befürwortern jedoch das auffallende und kuriose Ergebnis gezeitigt habe, dass sich Zustimmung nur gerade für die prinzipielle Absicht des Begehrens, kaum aber für den Text der Initiative und schon gar nicht für das «Kulturprozent» ausmachen lasse. Es bestehe, so Bundesrat Egli, über das Resultat des Vernehmlassungsverfahrens, «höchstens im grossen und ganzen Einigkeit darüber, dass die Verfassung diese Bundesaufgabe prinzipiell definieren soll». Aber wie denn nun?

Mindestens in der sorgfältig begründeten Stellungnahme, welche die *Schweizerische Geisteswissenschaftliche Gesellschaft* nach Bern geschickt hat, scheint mir gelungen, was wegweisend sein könnte. Die Kompetenz dieses Beitrags, dessen Verfasser mir nicht bekannt ist, geht aus jeder Zeile hervor. Zu denken, dass das nun eine Stimme unter anderen sei, politisch weit weniger gewichtig als beispielsweise die knappe Ablehnungspost des Schweizerischen Gewerbeverbandes, der nicht nur die Initiative, sondern gleich auch noch einen eventuellen Gegenvorschlag zurückweist, «bei dem es sich ohnehin nur um einen unnötigen Kompromiss handeln könne» –, dies zu denken fällt schwer. Aber auch was mit der Aktion *Kultur im Gespräch* ermittelt wurde, ist nicht ermutigend. Ich habe selber versucht, den Fragebogen zu beantworten; er war so voreingenommen, so merkwürdig abgefasst, dass es beim Versuch bleiben musste. Die Verlegenheit vor diesem Fragebogen des Initiativkomitees für die Eidgenössische Kulturinitiative haben offenbar auch andere empfunden. Von 30 000 in der ganzen Schweiz verteilten Exemplaren sind ganze 204 ausgefüllt zurückgekommen . . .

Die Antwort der Schweizerischen Geisteswissenschaftlichen Gesellschaft im offiziellen Vernehmlassungsverfahren, abgedruckt in Nummer 2 des *«Kulturforums»*, ist zugleich eine entschiedene Bejahung sinnvoller Kulturpolitik durch den Bund wie auch eine subtile und in der Form konziliante Kritik an der Kulturinitiative. Es beginnt schon damit, dass ihr Kulturbegriff unter die Lupe genommen wird. Er muss revidiert werden und

dürfte so keinesfalls einem Verfassungsartikel zugrunde liegen. Die Eingabe hält fest, wenn man unter Kultur – wie selbst schon in den allgemeinen Ausführungen des Clottu-Berichts – die tätige Auseinandersetzung des Menschen mit sich und seiner Umwelt verstehe, dann sei es wohl absurd, dafür ein Prozent der Bundesausgaben vorzusehen. Der Bund wende schon heute wesentlich mehr dafür auf.

Ich kann hier nicht auf die trefflichen Überlegungen in der Eingabe der Geisteswissenschaftlichen Gesellschaft im einzelnen eingehen. Zentral aber scheinen mir etwa die Hinweise darauf, was die Initiative und ihre Anhänger kaum bedacht zu haben scheinen. Als wesentliche Bestandteile sinnvoller Kulturförderung durch den Staat werden da etwa genannt: Förderung und Stärkung der *Kulturkritik* als eines engagierten Gesprächs über Wert und Unwert verfügbarer Kulturerzeugnisse; *Kulturforschung* als eine kontinuierliche Bestandesaufnahme, als permanente Information, als Verhaltensforschung und Weiterführung der Übung Clottu; *Erziehung zur Kultur* und – besonders wichtig – die *Förderung und Ermutigung kleiner Institutionen* und *erster, möglicherweise unreifer Initiativen* da, wo sie auftreten, und nicht zu spät. Die Geisteswissenschaftliche Gesellschaft nennt damit vier Aufgabengebiete (unter anderen), die Vorrang haben müssten, vor allem bei dem, was der Bund subsidiär und in Ergänzung der kulturpolitischen Aktivitäten der Pro Helvetia, der Kantone und Gemeinden tun könnte und wohl auch tun müsste.

Im politischen Prozess entscheidet nicht die Kompetenz, sondern der grössere Einfluss. Aber wenn das Departement des Innern auf den Frühherbst einen Gegenvorschlag zur Kulturinitiative vorlegt, so wäre immerhin denkbar, dass es nicht ein Vorschlag wäre, der den Weg des geringsten Widerstandes geht. Höchst ungewiss ist das Schicksal, das Parlament und Volk einem wie immer beschaffenen Verfassungsartikel bereiten werden, der dem Bund die Kompetenz zur Kulturförderung gäbe. Sinnlos und von Übel wäre sicher ein Text, der sämtlichen Lobbies irgendwie gerecht zu werden versuchte; noch sinnloser einer, der einschränkend formuliert wäre zugunsten von Forderungen der Künstler, der Filmemacher, der Schriftsteller. Die Schwierigkeit ist nicht nur oder sogar am allerwenigsten theoretischer Natur. Die Abgrenzung zwischen den Aktivitäten der Pro Helvetia und denen des Bundesamtes für Kulturpflege zum Beispiel ist unklar, ein «Problem», wie Bundesrat Egli sich ausdrückt, und ausserdem sind da kürzlich Spannungen innerhalb dieses Bundesamtes in beschämend unwürdiger Weise an die Öffentlichkeit gezerrt worden. Was aber machen die Initianten? Sind sie bereit, ihre Initiative zugunsten eines besseren Gegenvorschlags zurückzuziehen? Können sie es überhaupt, wenn eine ihrer Hauptforderungen, das «Kulturprozent», fallengelassen wird, worüber wohl kein Zweifel bestehen dürfte?

Es ist versucht worden, die Künstler und Schriftsteller, die Intellektuellen, die Lehrer, alle überhaupt, die in besonderer Weise kulturell engagiert sind, für die Kulturinitiative zu mobilisieren. Aber es ist auch ein offenes Geheimnis, dass es vielen von ihnen schwer gefallen ist, ihre prinzipielle Zustimmung zu einem kulturpoliti-

schen Engagement des Bundes in der Solidarität mit einem Vorstoss auszudrücken, der – wie die Geisteswissenschaftliche Gesellschaft zutreffend schreibt – «nur sinnvoll ist», wenn man ihm «einen engeren Kulturbegriff unterstellt». Die Chancen sind eher gering. Die Hoffnung liegt in der Idee, und der Weg, auf dem man sich finden könnte, muss erst noch gesucht werden.

Anton Krättli